



An
Bundeskanzler Sebastian Kurz
Bundeskanzleramt Österreich
1010 Wien, Ballhausplatz 2
vorab per E-Mail: sebastian.kurz@bka.gv.at

An
Bundesministerin Edtstadler
Bundesministerium für EU und Verfassung
1010, Ballhausplatz 2
vorab per E-Mail: karoline.edtstadler@bka.gv.at

An
Bundesministerin Margarete Schramböck
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
1010 Wien, Stubenring 1
vorab per E-Mail: buero.schramboeck@bmdw.gv.at

An
Bundesminister Rudolf Anschober
Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
1010, Stubenring 1
vorab per E-Mail: rudolf.anschober@sozialministerium.at

Wien, den 09.03.2021

Betrifft: Befreiung von Bestimmungen des TRIPS-Übereinkommens zur Prävention, Eindämmung und Behandlung von COVID-19

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Edtstadler,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Schramböck,
sehr geehrter Herr Bundesminister Anschober,

Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen einen Notruf übermitteln: Im globalen Einsatz gegen COVID-19 läuft derzeit zu viel schief. Es gibt viel zu wenige Impfstoffe und andere medizinische Mittel, um die

weltweite Pandemie zu beenden. **Trotzdem blockieren derzeit einige Staaten, darunter die EU und damit auch Österreich, eine Lösung, die zur Beendung dieses globalen Notfalls führen könnte.** Wir bitten Sie daher dringend tätig zu werden und eine ausreichende Impfstoffproduktion zu ermöglichen indem Sie sich bei der Welthandelsorganisation sowie in der EU für zeitlich begrenzte Ausnahmen von den geltenden internationalen Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums einsetzen. Diese Pandemie kann nur beendet werden, wenn Pharmafirmen Know-How und Technologien teilen, um eine raschere globale Versorgung mit Impfstoffen und Medikamenten gegen COVID-19 zu ermöglichen.

In vielen europäischen Ländern werden bereits schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen gegen das Coronavirus geimpft. Dies ist möglich, weil Forscher*innen, Pharmaunternehmen und Regierungen in einem einzigartigen Kraftakt die rasche Entwicklung gleich mehrerer Impfstoffe ermöglicht haben. Dank ihres Einsatzes und massiver staatlicher Förderungen in Milliardenhöhe stehen uns heute Vakzine zur Verfügung, für deren Entwicklung sonst viele Jahre vergehen.

Zugleich stehen wir vor einem Problem: Es gibt viel zu wenig von diesen Impfstoffen. Sie werden nicht schnell genug produziert. Das Ergebnis erleben wir aktuell in Österreich, aber auch auf internationaler Ebene: Das Impfen schreitet zu langsam voran. Hinzu kommt der grassierende, kontraproduktive Impfnationalismus. Länder, die es sich leisten können, haben sich mithilfe bilateraler Abkommen den Großteil der knappen Impfstoffe gesichert. Bereits im November, noch bevor Produktion und Auslieferung richtig losgingen, waren gut 50 Prozent der Vakzine verkauft – an einige reiche Länder, in denen nur 13 Prozent der Weltbevölkerung leben. Allein Österreich hat sich 30,5 Millionen Impfdosen gesichert – mehr als das Doppelte der Menge, die wir benötigen. Ärmere Länder im Globalen Süden gehen leer aus.

Damit genug für alle da ist, müssen Länder wie Österreich solidarisch agieren und nicht benötigte Impfstoffe rasch und unbürokratisch ärmeren Ländern zur Verfügung stellen. Wichtig ist dabei die Planbarkeit: Es sind keine Almosen, sondern lebensrettende medizinische Güter, deren Verteilung und Einsatz über multilaterale Mechanismen wie COVAX geplant und garantiert werden müssen. Dazu muss Österreich deutlich mehr als bisher beitragen – die Zahlung von bisher 2,4 Millionen Euro ist hier keinesfalls ausreichend und im internationalen Vergleich lächerlich gering.

Auch wenn Initiativen wie COVAX nützliche Notfallinstrumente darstellen, können sie aber bestenfalls einen Bruchteil der für die Eindämmung des Virus erforderlichen Impfdosen liefern. Noch wichtiger ist daher, das Tempo und den Umfang der Impfstoffproduktion umgehend dramatisch zu erhöhen. Dem steht derzeit eine wichtige Hürde im Weg: Die wenigen Pharmaunternehmen, die aktuell Corona-Impfstoffe herstellen, klammern sich an ihren Patenten fest und verursachen auf diese Weise unnötige Verzögerungen. Ihre Produktionsstätten können nicht rasch genug produzieren, um weltweit genug

Impfdosen zur Verfügung zu stellen. Diese Firmen treffen ihre Entscheidungen hauptsächlich nach marktwirtschaftlichen Prioritäten. Würde der Kampf gegen die Pandemie stattdessen nach gesundheitlichen Prioritäten und unter Einhaltung der Menschenrechte geführt, müsste als erstes dringend eine gerechte, bedarfsorientierte globale Verteilung von Impfstoffen sichergestellt werden, die Gesundheitspersonal und Risikogruppen nicht nur in Europa, sondern ebenso in Afrika, Asien oder Lateinamerika priorisiert.

Um ganz klar zu sein: Eine Ausweitung der Produktionskapazitäten wäre möglich – auch wenn Pharmaunternehmen nicht müde werden, das Gegenteil zu behaupten. Weltweit wären gut vier Dutzend Unternehmen in der Lage, COVID-19-Impfstoffe zu produzieren, sei es in der EU, Indien, Südafrika oder Nigeria – gerade in Indien etwa werden bereits jetzt Impfstoffe nach hohen Qualitätskriterien für den Rest der Welt hergestellt. Die einzige Hürde, die dem im Weg steht, sind die Pharma-Patente auf Impfstoffe – obwohl diese dank massivster staatlicher Subventionen und internationaler Zusammenarbeit entwickelt wurden.

Sehr geehrter Bundeskanzler, sehr geehrte Ministerinnen und Minister – es gibt eine Lösung. Es liegt in Ihrer Hand einen wichtigen Beitrag zu leisten, dass wir diese Pandemie rasch beenden und somit viele unnötige Todesfälle verhindern können. Am 10./11. März findet die nächste Versammlung des TRIPS-Rates¹ der Welthandelsorganisation (WTO) statt, bei der über einen wichtigen Antrag verhandelt wird: Indien und Südafrika haben eine Resolution eingebracht, die geistigen Eigentumsrechte auf Impfstoffe und Medikamente für den Einsatz gegen COVID-19 für die Dauer der Pandemie auszusetzen – und so die derzeitige, künstliche Verknappung dieser lebenswichtigen Hilfsmittel zu beenden. Diese Ausnahmeregelung würde nicht nur zu einem großen Zeitgewinn führen, sondern auch eine Beschleunigung der globalen Produktion ermöglichen und so den bisher nicht gesicherten lokalen oder regionalen Bedarf abdecken.

Die vorgeschlagene Ausnahmeregelung wird inzwischen offiziell von 58 Ländern mitgesponsert, insgesamt 100 unterstützen den Vorschlag bereits. Leider blockieren aber immer noch einige Länder die wegweisende Resolution, darunter auch Österreich und die EU. Das ist leider äußerst kurzsichtig – wir befürchten dadurch eine unnötige Verlängerung der Pandemie, nicht nur in jenen Regionen, in die derzeit kein Impfstoff geliefert wird, sondern auch in Ländern wie Österreich. Auch wenn hier alle Menschen geimpft sind: das Virus kann als Mutation zurückkehren, wenn es anderswo weiterwütet.

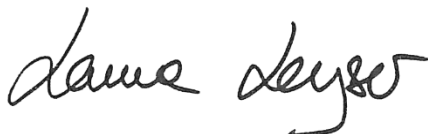
¹ Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (*Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights* – TRIPS) ist eine internationale Vereinbarung auf dem Gebiet der Rechte der Immaterialgüterrechte, beispielsweise des Patentrechts, dem nicht nur die Mitgliedstaaten der EU angehören, sondern auch die EU selbst.

Die COVID-19-Pandemie ist nicht nur eine Krise der öffentlichen Gesundheit, sondern auch eine Menschenrechtskrise. Ein gerechter Zugang zu medizinischen Gütern ist Bestandteil des Rechts auf Gesundheit sowie des Rechts auf Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt, die beide in der Internationalen Menschenrechtscharta verankert sind. Die Staaten unterliegen außerdem der Verpflichtung, diese Rechte auch außerhalb ihrer Staatsgrenzen zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Eine Unterstützung der TRIPS-Ausnahmeregelung wäre ein positiver Schritt zur Erfüllung dieser Menschenrechtsverpflichtungen.

Sehr geehrter Bundeskanzler, sehr geehrte Ministerinnen und Minister! Eine Pandemie erfordert große, mutige Entscheidungen. Es ist nicht einfach, mitten in einer Krise über die eigenen Grenzen hinaus zu blicken und auch die Not von Menschen in anderen Ländern wahrzunehmen. Doch genau dazu zwingt uns das Coronavirus: Denn eine Pandemie ist erst dann zu Ende, wenn sie tatsächlich *überall* beendet wurde. Deshalb braucht es jetzt weltweite Solidarität – auch im eigenen Interesse. Unterstützen Sie die Resolution und treten Sie auch dafür ein, dass die EU der Resolution zustimmt.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und stehen Ihnen zur Verfügung, falls Sie diese Angelegenheit weiter diskutieren möchten.

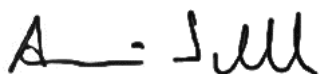
Mit vorzüglicher Hochachtung



Laura Leyser

Geschäftsführerin

Ärzte ohne Grenzen/Médecins Sans Frontières (MSF) Österreich



Annemarie Schlack

Geschäftsleiterin

Amnesty International Österreich